

Mittwoch, 13. Dezember 2023, Sollinger Allgemeine / Titelseite

# Würgassen ist vom Tisch

## Ministerium entscheidet sich gegen Atommüll-Zwischenlager

VON DARIA NEU UND GERD HENKE

**Würgassen** – Vollkommen unerwartet hat sich das Bundesumweltministerium gestern öffentlich gegen den Bau eines Atommüll-Bereitstellungslagers ausgesprochen. Weder in Würgassen noch andernorts in Deutschland soll das Logistikzentrum entstehen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) überbrachte dem Beverunger Bürgermeister Hubertus Grimm am Vormittag persönlich die Nachricht.

In einem Pressegespräch erläuterte die Ministerin anschließend, dass sich das Vorhaben aufgrund „zu vieler rechtlicher und planerischer Risiken voraussichtlich nicht rechtzeitig und damit auch nicht wirtschaftlich umsetzen“ lasse. Das hätten die Prüfungen des Bundesumweltministeriums ergeben, das bis Ende dieses Jahres einen Grundstückskauf für das Logistikzentrum in zweistelliger Millionenhöhe freizugeben hätte.

Daher habe man entschieden, das Vorhaben zu beenden und eine wahrscheinliche Fehlinvestition von rund zwei Milliarden Euro zu vermeiden. Dies sind die geschätzten Kosten für Bau und Betrieb. Auch der Widerstand aus der Region und die öffentlich angekündigten Klagen hätten den Beschluss untermauert, räumt Lemke ein. Sicherheitsbedenken hätte das Ministerium dennoch mit Blick auf Würgassen nicht gehabt. „Für das Endlager Konrad bedeutet dies, dass es zu keiner deutlichen Verkürzung der aktiven Betriebszeit kommen wird, die mit angestrebt war.“ Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung wird nun ihre Planungen für eine dezentrale Belieferung des Endlagers Konrad intensivieren, die sie vorsorglich parallel begonnen hatte.

Bürgermeister Hubertus Grimm spricht von einer hervorragenden Nachricht: „Durch die Arbeit der Bürgerinitiativen und dem engen Zusammenschluss der Kommunen der Region ist es gelungen, viele Schwachstellen der von der BGZ durchgeführten Planung aufzudecken. Vom ersten Tag an haben wir auf die mangelnde Infrastruktur des Standortes hingewiesen.“

Auch Dirk Wilhelm, der viele Jahre als Vorsitzender der Bürgerinitiative Atomfreies Dreiländereck tätig war und sich gegen den geplanten Bau engagiert hat, zeigt sich erleichtert: „Unzählige Kommunen, Städte und Gemeinden aus

nicht weniger als fünf Landkreisen und drei Bundesländern standen seit März 2020 parteiübergreifend Seite an Seite, um das drohende Unheil an der Weser abzuwenden.“ → SEITE 10